

No, Nokia - Betriebsschließung zurücknehmen! Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Oberberg erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten von Nokia

Die GRÜNEN Oberberg, hier: der Kreisvorstand, unterstützen die Beschäftigten des Nokia-Werkes in ihrem Arbeitskampf um den Erhalt der Handyproduktion in Bochum. Die Entscheidung Nokias, einen offensichtlich wirtschaftlich funktionierenden Standort zu schließen, ist weder hinnehmbar, noch nachvollziehbar. Sie ist Ausdruck einer eiskalt kalkulierenden Unternehmenspolitik, die ohne Rücksicht auf die Beschäftigten und ihre Familien ihre Gewinnmarge weiter ausbauen will. Dabei hat Nokia offensichtlich bewusst Mitnahmeeffekte einkalkuliert, indem Steuergelder von EU, Land, Bund, aber auch der Stadt Bochum in einer Größenordnung von mehr als 110 Millionen Euro für die Herrichtung der Flächen, die Ansiedelung des Werkes und die Errichtung der Arbeitsplätze eingestrichen wurden, nur um kurz nach Auslaufen der Bindungsfrist den Standort aufzugeben und zur nächsten subventionierten Ansiedelungsfläche weiterzuziehen.

Als GRÜNE lehnen wir eine Unternehmenspolitik ab, die europäische Standorte und die Menschen in Europa gegeneinander ausspielt. Wir wissen: Der Kampf um Arbeitsplätze trifft heute die Menschen in diesem Land und morgen die Menschen im nächsten europäischen Land. Uns geht es darum, einen gemeinsamen Kampf gegen international operierende Unternehmen zu führen, die das Engagement ihrer MitarbeiterInnen und die Steuersubventionen der europäischen Länder rücksichtslos ausbeuten, um ihre Gewinnzonen immer weiter auszubauen.

Wir fordern die Unternehmensleitung von Nokia nun auf, öffentlich den Nachweis zu erbringen, dass die Handyproduktion in Bochum tatsächlich rote Zahlen schreibt und der Standort nicht zu halten ist. Diesen Nachweis ist Nokia den Menschen in Bochum und Umgebung, aber auch den HandykäuferInnen in der Bundesrepublik schuldig geblieben. Die bisherigen Äußerungen des Unternehmens lassen vielmehr erkennen, dass die Unternehmensverlagerung ohne Not erfolgen soll.

Wir fordern das Unternehmen deshalb auf, seine Pläne zur Schließung des Standortes Bochum zurückzunehmen – auch im Eigeninteresse. Denn wir sind uns sehr sicher, dass eine derartig rücksichtslose Unternehmensstrategie nicht ohne Auswirkung auf das Image der Marke Nokia und damit auf den Marktanteil des Produktes bleiben wird. Sollte Nokia daher keine Gesprächsbereitschaft zeigen, werden wir uns aktiv an einem Boykott der Marke Nokia beteiligen.

Wir fordern darüber hinaus eine Vereinheitlichung der Vergabe von Subventionen auf europäischer Ebene und wünschen uns auch von der grünen Fraktion im Europaparlament, sich den Protesten anzuschließen und nichts unversucht zu lassen, die Firma Nokia unter Druck zu setzen, damit die Werksschließung in Bochum verhindert werden kann.

Gummersbach, den 14. Februar 2008